

Die Netzweltverbesserer

Vom Ein-Mann-Blog zum investigativen Nachrichtenportal: *Netzpolitik.org* erklärt Digitalpolitik, kämpft für digitale Freiheitsrechte und wurde 2015 durch die Landesverratsaffäre deutschlandweit bekannt. Jetzt wächst und professionalisiert die Redaktion sich zunehmend – versucht aber trotzdem, möglichst dezentral zu bleiben.

von Sonja Peteranderl

Zwei Blogger gegen den Staat. Es war die perfekte David-gegen-Goliath-Geschichte, ein Justizskandal, und das auch noch mitten im Sommerloch. Als „Landesverräter“ wurden Markus Beckedahl und Andre Meister von *Netzpolitik.org* 2015 landesweit und über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt.

Der Hintergrund: Andre Meister hatte in zwei Beiträgen auf *Netzpolitik.org* über die Ausweitung der Massenüberwachung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz geschrieben und dazu Originaldokumente veröffentlicht. Als der Generalbundesanwalt daraufhin wegen potenziellem Landesverrat ermittelte, folgte ein Aufschrei: Journalisten, Politiker, Bürger und Aktivisten solidarisierten sich mit dem Team von *Netzpolitik.org* und protestierten gegen den Angriff auf die Pressefreiheit. Die Ermittlungen wurden schließlich eingestellt.



FOTO: JASON KRÜGER





Der Gewinner: *Netzpolitik.org*. „Der Skandal hat dazu beigetragen, dass unsere Reputation gestiegen ist, dass mehr Akteure, Menschen, Journalisten unsere Arbeit wahrgenommen haben, und die Spenden haben es uns damals ermöglicht, unsere kleine Redaktion ein bisschen auszubauen, mehr auf Qualität zu setzen“, sagt *Netzpolitik*-Gründer Markus Beckedahl. Unterstützer hatten innerhalb von zehn Tagen mehr als 100.000 Euro überwiesen, um drohende Anwaltskosten zu finanzieren. „Es war so etwas wie Venture Capital vom Verfassungsschutz“, lacht Beckedahl.

Im Büro im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg hängen Poster gegen Überwachung an der Wand, bunte „Fight for your digital rights“-Aufkleber pappen an der Schreibtischlampe wie eine Flagge. Drei Jahre nach der Landesverratsaffäre befindet sich *Netzpolitik.org* im Umbruch: Die

FOTO: JAN ZÄPPIER

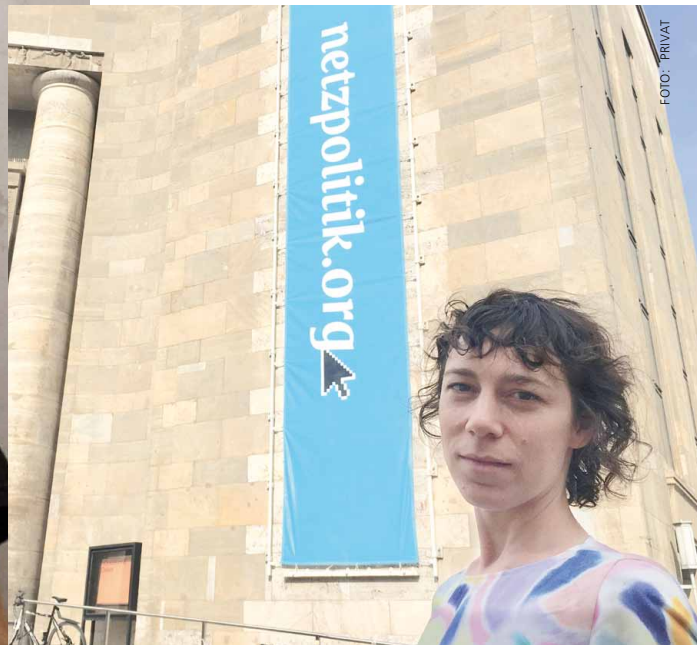


FOTO: PRIVAT

Professionelle Strukturen – bei größtmöglicher Freiheit. *Netzpolitik.org* ist zu einer festen Größe im Medienspektrum geworden. Und will trotzdem ein bisschen anders bleiben. Die Macher: Constanze Kurz (l.) Alexander Fanta (o.), Markus Beckedahl und Andre Meister (Foto Mitte), Chris Köver (r.)

Plattform, die als Ein-Mann-Blog gestartet ist, entwickelt sich immer mehr zum investigativ arbeitenden Nachrichtenportal. Die Redaktion wächst und professionalisiert sich – versucht aber gleichzeitig, die dezentrale Struktur aus der Anfangszeit beizubehalten.

„Mit einer größeren Redaktion müssen wir gucken, wie wir Prozesse etablieren können, aber wir sind kein klassisches Top-Down-Unternehmen“, sagt Beckedahl. „Wir geben unseren Mitarbeitern die größtmögliche Freiheit.“ 16 Mitarbeiter, davon drei studentische Hilfskräfte, arbeiten inzwischen für *Netzpolitik.org* – sie teilen sich zehn Vollzeitstellen. Die Redaktion will trotz Wachstums möglichst hierarchiefrei bleiben, alle Redakteure bekommen dasselbe Gehalt. Vorgeschriebene Arbeitszeiten gibt es nicht. Jeder kommt, wann er am produktivsten ist: „Die einen kommen früh, die anderen kommen spät“, so Andre Meister. Schnittmenge sei meistens die Mittagszeit, eine tagesaktuelle Berichterstattung am Morgen gibt es daher bisher nicht – in Zukunft soll ein Newsletter-Redakteur die Lücke schließen.

Irgendwas reingetippt

Früher habe er noch „irgendwas reingetippt“ und erst nach der Veröffentlichung Rechtschreibfehler korrigiert, erzählt Beckedahl. Inzwischen gilt das Vier-Augen-Prinzip vor der Veröffentlichung, Redakteure lassen Texte von Kollegen gegengelesen. „Es entwickelt sich langsam, aber stetig, wir machen die Dinge jetzt anders als vor fünf Jahren“, sagt Andre Meister, der seit 2012 fest angestellter *Netzpolitik.org*-Redakteur ist, aber schon vorher mitgebloggt hat. „Wir haben eine wöchentliche Redaktionskonferenz eingeführt, und bestimmte Leute haben eher den Hut für einen Themenbereich. Als wir früher an einem Schreibtisch saßen, haben wir direkt oder beim Mittagessen besprochen, wer was macht.“

2002 hatte der Netzaktivist, Digitalunternehmer und Re:publica-Mitgründer Beckedahl angefangen, auf *Netzpolitik.org* zu bloggen. Von Zensursula und ACTA bis hin zum Staatstrojaner: Das Blog entwickelte sich zum Sprachrohr für digitale Freiheitsrechte, erklärte Netzpolitik und prangerte Überwachung und die überbordende Regulierung des Internets durch Staat und Wirtschaft an. Die Seite ist heute der zentrale Anlaufpunkt für aktuelle Debatten, Trends und Gesetzesprozesse rund um Digitalpolitik, Überwachung und digitalen Aktivismus – auch für andere Journalisten. In der Medienbranche ist das Portal spätestens mit der Landesverratsaffäre 2015 flächendeckend angekommen: „Vorher liefen wir unter dem Radar oder unter „Irgendwas-mit-Internet“ und auf einmal mussten dann alle gestandenen Journalisten nachgucken, wie wir heißen“, so Beckedahl.

Dabei liefert *Netzpolitik.org* seit Jahren Einordnungen zu aktuellen netzpolitischen Debatten und eine kontinuierliche Berichterstattung zu oft komplexen, schwer vermittelbaren technischen oder netzpolitischen Themen, die andere Medien nicht leisten können oder wollen. Statt von Thema zu Thema zu springen, fokussiert sich das Team auf den Netzpolitik-Beat. Immer wieder werden Originaldokumente veröffentlicht, die die Redakteure sich über Kontakte oder mit Informationsfreiheitsgesetz-Anfragen beschaffen. Rele-

vanz zählt mehr als Klicks. *Netzpolitik.org* kann Recherchen stemmen, die überdurchschnittlich früh einsetzen und lange andauern – weil das Portal von Werbung unabhängig ist und vollständig von Spenden finanziert wird.

Mit seinem „NSAUA-Liveblog“ hat Andre Meister etwa die öffentlichen Sitzungen des 2017 abgeschlossenen Geheimdienst-Untersuchungsausschusses im Bundestag protokolliert. Zu Reformen wie Vorratsdatenspeicherung, Urheberrechtsreform oder Datenschutzgrundverordnung existieren ganze Artikelarchive – jahrelang hat *Netzpolitik.org* die Verhandlungen beobachtet und vor den Folgen gewarnt.

„Durch unsere Leserfinanzierung können wir es uns leisten, auch einen Fokus auf Brüssel zu legen. Das funktioniert für die meisten Medien nicht, weil Brüssel das Langweiligste für die Leser ist, obwohl dort die Entscheidungen getroffen werden“, sagt Beckedahl. „Die Medien in Deutschland berichten erst darüber, nachdem Beschlüsse gefasst wurden, und dann rennen alle wie gackernde Hühner durch die Gegend und fragen sich: Wo kommt denn das her.“

Vor kurzem hat *Netzpolitik.org* den Redakteur Alexander Fanta als EU-Korrespondenten nach Brüssel geschickt – vorerst als Experiment, das drei Monate dauern soll. „Es war für kritische Berichterstattung über Technologie nie wichtiger, in Brüssel zu sein“, sagt Fanta. 2014 hatte er bereits als EU-Reporter für die österreichische Nachrichtenagentur APA aus Brüssel berichtet, jetzt will er für *Netzpolitik.org* „wichtige Weichenstellungen“ wie die Copyright-Reform, Datenschutz, Tech-Regulierung und Entscheidungen zu innerer Sicherheit verfolgen. „Mein Ziel ist es, in Brüssel laut zu sein und unangenehme Fragen zu stellen. Es geht darum, neue Geschichten zu finden, die ich nur hier schreiben kann“, so Fanta. „Wir haben schon viel über EU-Politik berichtet, aber mir geht es darum, in die Wurstfabrik zu gehen und nachzusehen, was hinter den Kulissen für Sachen in die Gesetzeswürste hineingepresst werden.“

In Zukunft soll der Fokus noch stärker auf investigativen Recherchen liegen. „Das Blog ist gewachsen und groß geworden, weil es jahrelang der tagesaktuelle Anlaufpunkt war, aber erst jetzt, wo wir mehr als zwei Leute sind, können wir längere Recherchen machen, die dann so etwas wie Landesverrat werden“, so Beckedahl. „Wir müssen aber sehen, wie wir Nachrichten und Hintergrund in eine Balance bringen mit unseren begrenzten Ressourcen.“

Einmal monatlich schlüsselt ein Online-Transparenzbericht die Einnahmen auf, etwa 30.000 Euro kommen je Monat zusammen. 2.500 Daueraufträge sorgen für regelmäßige Spenden. Manche Leser zahlen einen Euro pro Monat, einige um die 100 Euro – und einmal überraschte eine Großspende von 12.000 Euro die Redaktion. Zu einer langfristigen Verdoppelung der Spenden habe die Landesverratsaffäre leider nicht geführt, schränkt Andre Meister ein. „Es war ein einmaliger Peak, als die Aufmerksamkeit der kompletten deutschen Medienöffentlichkeit auf uns war – aber schon einen Monat später haben uns wieder die Leute finanziert, die uns lesen wollen. Es gibt ja nicht jedes Jahr einen Landesverrat.“



Netzpolitik.org kämpft für digitale Grundrechte – mit journalistischen Tools.

Mehr investigative Recherchen und Hintergrund wünschen sich auch die Leser, wie eine kürzliche Umfrage ergab, an der mehr als 3.000 Personen teilgenommen haben. Redaktion und Publikum liegen auf einer Wellenlänge: Es sei „klar ersichtlich, dass wir es mit einer Leserschaft mit aktivistischem Hang zu tun haben, die freier Software, dezentralen freien Diensten, generell Alternativen zum Herkömmlichen und im Grunde der digitalen Weltverbesserung stark zugeneigt ist“, fasst die Informatikerin und Netzpolitik-Redakteurin Constanze Kurz die Umfrageergebnisse zusammen. „Vielfach gewünscht werden übrigens noch Leaks. Da hätten wir auch nichts gegen einzuwenden.“

Journalismus mit Haltung

Dass sie bei ihrer Berichterstattung Position beziehen, für digitale Grundrechte kämpfen, Journalisten und Aktivisten zugleich sind, sehen die Netzpolitik-Redakteure nicht als Widerspruch. „Wir haben einen Aktivistenbackground, sehen uns aber als Journalisten mit einer Haltung“, so Markus Beckedahl. „Wir haben journalistische Skills, die wir uns teilweise selbst beigebracht haben, halten uns an journalistische Standards und arbeiten mit Journalisten.“ Wurde das Aktivisten-Argument früher von Journalisten eingesetzt, um Netzpolitik.org als Medium zu diskreditieren und die Redakteure in die Blogger-Ecke abzudrängen, beobachtet Beckedahl aktuell eine gegenläufige Tendenz: „Journalisten bewegen sich jetzt auf einmal in die Richtung, aus der wir kamen, erkunden das Netz, fangen an, zu programmieren und mehr Haltung zu zeigen – sie verlassen die vermeintlich objektive Haltung, die an Journalistenschulen gelehrt wird.“

Inzwischen wechseln immer mehr ausgebildete Journalisten aus klassischen Redaktionen zu Netzpolitik.org – zuletzt im Juli 2018 Chris Köver, zuvor Redakteurin bei Wired. „An

der Schnittstelle von Journalismus und Aktivismus zu sein“, fand Köver spannend, die auch Mitgründerin des feministischen *Missy Magazins* ist. „Neutrale Journalisten sind ein Mythos, jeder hat sein ganzes Gepäck an politischen Überzeugungen und Weltansichten dabei. Für mich geht es eher darum, wie transparent man mit seiner Haltung umgeht“, so Köver. „Der Ansatz von Netzpolitik ist kritischer, man beleuchtet thematisch eher Defizite, sieht sich Entwicklungen unter Datenschutzaspekten an.“

Das Bekenntnis zu freier Software und digitaler Selbstverteidigung wird auch praktisch umgesetzt: E-Mails werden verschlüsselt, statt mit dem weitverbreiteten Messengerdienst Slack kommuniziert Köver nun via Jabber mit Kollegen. Auf dem Laptop läuft das Open-Source-Betriebssystem Ubuntu Linux.

Auch auf das dezentrale Redaktionsmodell hat Chris Köver sich umgestellt. „Bei *Wired* gab es klare Hierarchien und regelmäßige Konferenzen, in die man mit Themenpitches hineingegangen ist, und versucht hat, sie möglichst attraktiv zu präsentieren“, sagt sie. „Hier ist es sehr selbstbestimmt, jeder schaut für sich, was er in seinen Themenbereichen spannend findet und bearbeitet das.“ Für Netzpolitik.org recherchiert Köver Themen rund um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die einen Technologiebezug haben – etwa, wie Amt und Ausländerbehörden Handys und Laptops von Flüchtlingen durchforsten, um deren Identität festzustellen. „Die Geschichte hat gezeigt, dass viele Daten-Tabubrüche zuerst bei Menschen durchgesetzt werden, die weniger Bürgerrechte und Schutz genießen als wir, und später wird das dann ausgeweitet“, so Köver.

Eine Output-Vorgabe, wie viele Texte wann geliefert werden müssen, gebe es nicht: „Die Geschichte ist fertig, wenn sie fertig ist. Je länger ich hier bin, desto mehr merke ich, wie wertvoll es ist, dass es nicht auf Klicks ankommt.“ Die Entschleunigung nimmt Köver als Luxus wahr. Viel zu wenige Redaktionen könnten es sich leisten, aus dem Nachrichten-Loop auszusteigen, und dafür zeitaufwendige Geschichten zu recherchieren.

Weiteres Wachstum ist vorprogrammiert, denn mit der zunehmenden Digitalisierung gewinnt Netzpolitik.org immer mehr an Bedeutung. „Als Netzpolitik gestartet wurde, haben wir gefeiert, wenn der Bundestag einmal im Monat über ein netzpolitisches Thema diskutiert hat – jetzt feiern wir fast, wenn in einer Sitzungswoche in einem Ausschuss nichts Netzpolitisches passiert“, so Markus Beckedahl. Weiterhin Missstände aufdecken, die politischen Debatten noch stärker auf den Alltag von Bürgern herunterbrechen, neue Formate ausprobieren und letztlich durch Aufklärung eine digitale Gesellschaft schaffen, die selbst für ihre digitalen Grundrechte kämpft: Das Netzpolitik-Team hat viel vor. „Einen festgelegten Fünf-Jahresplan haben wir nicht, aber eine lange Liste von Ideen“, sagt Andre Meister. ■

Sonja Peteranderl ist freie Auslandskorrespondentin für Medien wie *Wired Germany*, *Spiegel Online* und *Zeit Online*. Sie ist Gründerin des *Buzzing Cities Lab*, eines *Think Thanks*, der *Sicherheitspolitik* und *Digitalisierung* erforscht.